

Mädchen*treff e.V.
im Frauen*ProjekteZentrum
Weberstraße 8
72070 Tübingen

- vorab per E-Mail -

Sehr geehrtes Team und sehr geehrter Vorstand des Mädchentreffs e.V.

Für Ihren offenen Brief vom 13. Dezember bedanke ich mich. Differenzen sachlich auszutragen, ist in einer pluralistischen Demokratie nicht nur ein wichtiges Element der Deliberation, es hält die Gesellschaft auch zusammen. Deshalb freue ich mich über diesen Beitrag zum zivilisierten Streit.

Vorneweg: Die Arbeit, die Sie mit den zwölf Mädchen gemacht haben, halte ich für wichtig und schätze sie sehr. Auch die dabei entstandenen Arbeiten sind aufschlussreich und wertvoll. So wie Sie habe auch ich das Ziel, dass diese Mädchen in unserer Gesellschaft selbstbewusst leben können und gestärkt werden.

Offenkundig haben wir aber verschiedene Vorstellungen, was diesem Ziel dient. Ich bin der Auffassung, dass Stärke nicht in artifiziellen Schutzräumen entsteht. Ausnahmen gibt es, zum Beispiel bei schweren Traumata, aber die öffentliche Debatte darf nicht durch Rücksichtnahme auf vermeintliche oder reale Empfindsamkeiten so weit eingeschränkt werden, dass die Wahl der Themen nicht mehr von der gesellschaftlichen Bedeutung, sondern von der Rezeption durch direkt Betroffene bestimmt wird.

Ich stelle also nicht in Abrede, dass die Mädchen von meinen Anmerkungen zu Gewalt und Kriminalitätsfurcht in Tübingen irritiert gewesen sind oder Fragen an ihre Herkunftsgesellschaft oder Familie mitgenommen haben. Ebenso ist mir klar, dass die Forderung nach einem Verbot von Kopftüchern in Bildungseinrichtungen für diese Mädchen unverständlich oder gar empörend gewirkt haben kann. Ich meine nur, dass es ihnen zugemutet werden darf, sich mit diesen Themen zu befassen und politische Forderungen zu hören und zu verstehen.

Selbstverständlich sollte das nicht ohne Not geschehen. Es wäre nicht richtig, Menschen ohne Grund vor den Kopf zu stoßen. Zu prüfen ist aus meiner Sicht also, ob es gute Gründe gab, über Gewalt im Kontext von Zuwanderung und das Verbot von Kopftüchern in Bildungseinrichtungen aus diesem Anlass zu sprechen. Für meine Begriffe ist das zu bejahen.

Wie Sie wissen habe ich in meiner Einleitung betont, dass das Thema des „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ nicht im Bereich der Erinnerungskultur oder der konsensualen Deklamation angekommen ist, sondern nach wie vor politischen Streit bedeutet, der geführt werden muss. Als Beispiel dienten mir nicht nur die von Ihnen kritisierten Passagen, sondern auch die Tatsache, dass damals mit Friedrich Merz ein möglicher CDU-Vorsitzender im Rennen war, der im Bundestag dagegen gestimmt hatte, die Vergewaltigung von Frauen in der Ehe unter Strafe zu stellen. Aus diesem Grundverständnis heraus wollte ich zwei weitere Themen ansprechen, die aktuell im Rahmen des Tages bedeutsam sind.

Was die Gewalt im Kontext von Zuwanderung angeht, habe ich mich auf das damals aktuelle Dossier der ZEIT bezogen und daraus Passagen zitiert. Unbestreitbar hat im November fast ganz Deutschland über die Gruppenvergewaltigung überwiegend syrischer Flüchtlinge in Freiburg diskutiert. Es scheint mir gut begründbar, eine solche Diskussion an einem solchen Tag zu zitieren und auf Tübingen zu übertragen. Und ich finde, dass es auch für geflüchtete Mädchen wichtig ist, sich Gedanken darüber zu machen, woher diese Gewalt junger männlicher Geflüchteter kommt und was sie in unserer Gesellschaft bewirkt. Sie sind davon ohnehin betroffen. Wäre es umgekehrt und wir hätten zu dieser Zeit in Deutschland eine Gruppenvergewaltigung von geflüchteten Mädchen durch Neonazis in Sachsen diskutiert, hätten Sie vermutlich empört darauf reagiert, wenn ich das nicht an einem solchen Tag angesprochen hätte. Ich bin der Meinung, dass Gewalt immer zu verurteilen ist, egal woher die Täter sind. Und genau das habe ich im Ratssaal auch klipp und klar gesagt. Für mich ist die Denkfigur, den Tätern müsse eine Art Kulturrabatt eingeräumt werden, weil sie es nicht anders gelernt haben oder bei uns ausgegrenzt werden, nicht statthaft. Ebenso wenig sehe ich einen Grund, diese Probleme nicht anzusprechen. Sie sind real und müssen gelöst werden.

Im Hinblick auf die Kopftuchdebatte entstand die Aktualität und Relevanz aus der Tatsache, dass mit Christa Stolle die Bundesgeschäftsführerin von Terre des Femmes anwesend war. Und damit der Kopf der Organisation, die sowohl den Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in Deutschland verbreitet hat als auch der Organisation, die den Aufruf zum Verbot des Kopftuchs in Bildungseinrichtungen initiiert hat. Zudem gehöre ich zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs. Ebenso erscheint es mir gut begründet, das Thema aufzugreifen. Der Bezug zu Gewalt an Frauen ist nach meiner Auffassung gegeben. Denn auch wenn das Kopftuch nicht immer Zeichen von Unterdrückung ist, so gibt es doch sehr viele Belege dafür, dass es das sein kann und damit auch Gewalt verbunden ist.

Sie fragen, ob ich über das Kopftuch schon mit Mädchen diskutiert habe. Ja, sehr oft. Zu meinem Bedauern habe ich dabei nie junge Frauen kennen gelernt, die bereit wären, das Kopftuch abzulegen. Wer es trägt, trägt es in der Regel so streng, dass kein Männerblick zugelassen werden soll. Genau aus diesen persönlichen Erfahrungen heraus bin ich für das Verbot in Bildungseinrichtungen. Mädchen sollten lernen, dass Gott sie nicht straft, wenn sie kein Kopftuch tragen. Sie sollten verstehen, dass daran nichts unkeusch ist und Männer sie nicht als Sexobjekte einstufen, wenn sie offenes Haar tragen. Sie sollten das Gefühl von Wind in den Haaren kennen, bevor sie sich für das Kopftuch entscheiden.

Mädchen, die das Kopftuch wegen ihrer Eltern tragen müssen, behaupten oft, sie würden das aus freien Stücken tun. Dagegen spricht, dass dies bei christlichen oder säkular erzogenen Kindern praktisch nie beobachtet wird. Die Entscheidung wird von den Eltern getroffen. Ich bin der Meinung, sie muss den Kindern belassen werden. Das gelingt nur, wenn sie bis zur Religionsmündigkeit wenigstens in der Schule erleben, wie man ohne Kopftuch lebt. Eine spätere Entscheidung für das Kopftuch ist dann immer noch möglich, während umgekehrt das Ablegen des Kopftuchs meist nur noch durch eine persönliche Krise oder den totalen Bruch mit der Religion möglich wird, wenn ein Mädchen nie ohne Kopftuch raus durfte.

Sollten die Mädchen das bei einer solchen Veranstaltung hören? Ja, unbedingt. Sie sollen wissen, dass sie sich in unserer Gesellschaft zu einem gewissen Grad selbst ausgrenzen, wenn sie auf das Kopftuch in allen Lebenslagen beharren und es nicht auf religiöse und private Kontexte beschränken. Sie sollten wissen, dass es darüber intensive Debatten in Deutschland gibt. Und sie sollten wissen, dass es Menschen gibt, die erwarten, dass Integration auch mit der Freiheit zu tun hat, das Kopftuch abzulegen.

Auch dafür habe ich eine Formulierung gewählt, die mir treffend erscheint: Wir müssen fordern und fördern. Es ist wichtig, den jungen Mädchen wie durch Ihre Arbeit geschehen Stärke zu geben. Es ist aber auch richtig, sie zu fordern und Erwartungen zu formulieren. Es ist für meine Begriffe kontraproduktiv, wenn wir aus Rücksicht auf vermeintliche religiöse Vorschriften oder kulturelle Identitäten das Kopftuch im öffentlichen Raum kritiklos akzeptieren.

Ich bin selbstverständlich gerne bereit, das erneut zu besprechen. Gerne mit Ihnen, gerne auch mit den Mädchen, für die Sie sich mit Ihrem Brief eingesetzt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Boris Palmer
Oberbürgermeister